

Party State im „Reich der Mitte“

Zum politischen System in China

Thomas Heberer

China ist auf dem Weg zu einer offeneren Gesellschaft mit zunehmender Partizipation, größerer rechtlicher Sicherheit und individueller Autonomie. Der Staat zog sich aus vielen Bereichen zurück, ökonomische Ziele bestimmen seine Prioritäten. Die Entwicklungserfolge brachten jedoch eine Legitimationskrise des Staates mit sich. Vier Dilemmata, die China heute konfrontieren, werden aufgezeigt und Hypothesen zur Charakterisierung des chinesischen *party state* diskutiert.

China, Politisches System, Demokratie

China is on the way to a more open society with increasing participation, legal security and individual autonomy. The state has withdrawn from many fields, economic goals determine its priorities. However, successful development implicated legitimation crisis of the state. Four dilemmas, which confront China today, are pointed out and hypotheses for the characterisation of the Chinese „party state“ are discussed.

China, Political System, Democracy

Prof. Dr. Thomas Heberer, geb. 1947, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen.
Forschungsschwerpunkte: Politischer und sozialer Wandel, Schwerpunkt Ostasien/China.

Publikationen: *Rural China – Economic and Social Change in the Late Twentieth Century*, Kopenhagen 2006 (jointly with Jie Fan and W. Taubmann)

E-Mail: thomas.heberer@uni-duisburg-essen.de



China wird gegenwärtig weitgehend unter zwei Aspekten wahrgenommen: als künftiger ökonomischer Herausforderer „des Westens“ und als totalitäres System politischen Stillstands. Der nachfolgende Aufsatz versucht, am Beispiel des politischen Strukturwandels sowie der politischen und sozialen Probleme den Stand der politisch-sozialen Entwicklung zu analysieren und Substanz und Funktion des chinesischen *party state*¹ zu bestimmen.

Häufig wird China als Staat charakterisiert, der wirtschaftliche, nicht aber politische Reformen durchführt. Doch in solch hoch politisierten Gesellschaften müssen Wirtschaftsreformen bereits als Elemente politischen Wandels begriffen werden. Der im Mittelpunkt des chinesischen Reformprozesses stehende ökonomische Umbau von einer Plan- zu einer etatistischen Marktwirtschaft war stets von strukturellen politischen Veränderungen begleitet.

Die Wirtschaftsreformen haben zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur geführt: weg vom Staatssektor, hin zu privatwirtschaftlichen Unternehmensformen. Viele kleine und mittlere Betriebe sind inzwischen in Privatbesitz. Nur die ganz großen Unternehmen gehören überwiegend noch dem Staat. Anders als in der Sowjetunion fand keine Privatisierung „von oben“ statt, bei der die Betriebe an Angehörige der ehemaligen Nomenklatura vergeben wurden, sondern eine Privatisierung „von unten“, d.h. die Förderung betrieblicher Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen aus der Bevölkerung heraus.²

Der ökonomische Wandel bewirkte auch eine gesellschaftliche Liberalisierung. Der Staat zog sich aus vielen Bereichen zurück, man bestimmt zunehmend selbst sein Leben, Werte und Einstellungen haben sich verändert. Gesellschaftliche Vereinigungen wurden zugelassen und haben sich in großer Zahl entwickelt. Mit Hilfe eines Rechtssystems versucht der Staat, Willkür und Rechtsunsicherheit einzugrenzen. Die Devise „Mit Hilfe der Gesetze das Land verwalten“ unterscheidet sich zwar (noch) von unserem Begriff des „Rechtsstaats“, zunehmend aber schlagen Bürger erfolgreich den Rechtsweg ein, um ihr Recht durchzusetzen.

Auch die Politik hat sich ökonomisiert: Wirtschaftliche Ziele wie die Entwicklung Chinas, die Einbindung in den Weltmarkt und ein höherer Lebensstandard haben heute Priorität. Mit allgemeinen Wahlen auf Dorf- und inzwischen auch auf Wohnviertelebene versucht die politische Führung, die kommunale Selbstverwaltung und die Mitwirkung der Bevölkerung zu stärken. Auch wenn die Wahlverfahren vielerorts noch problematisch sind: Die Bevölkerung begreift solche Wahlen zunehmend als ihr Recht, und der Mitgestaltungsgedanke wird gestärkt. Die Bemühungen um die Austragung

¹ Der hier genutzte Begriff *party state* kennzeichnet die enge Verflechtung der KP mit dem Staatsapparat besser als der deutsche Begriff „Parteistaat“.

² Vgl. Heberer 2001; 2003a.

der Olympischen Spiele 2008 oder den WTO-Beitritt zeigen zudem, dass China ein positives Image aufbauen und als zuverlässiger Partner gelten will, der bereit ist, sich an internationale Spielregeln zu halten.

An dieser Stelle können nicht alle Veränderungen skizziert werden.³ Man darf aber nicht übersehen, dass der rasche Wandlungsprozess viele Probleme mit sich gebracht hat, die für China eine große Herausforderung bedeuten:

- Der Umbau der Eigentumsstruktur und das Bemühen um größere Effizienz der Unternehmen führten zur Schließung von Betrieben und Personalabbau. Das noch unzureichende soziale Netz bringt für die Betroffenen materielle Probleme mit sich.
- Korruption nagt an der Legitimität des Staates und der Partei.⁴
- Einkommensdisparitäten zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land sowie innerhalb einzelner Regionen und Schichten wachsen.
- Der Ausbau des Rechtssystems hält mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen nicht Schritt.

Hinzu kommen die desolante Lage und Überschuldung der Staatsbetriebe, neue Herausforderungen durch den WTO-Beitritt, das wachsende Haushaltsdefizit oder das Ausmaß von Umweltzerstörungen. Es lässt sich daher feststellen, dass es deutliche Anzeichen für eine Legitimitätskrise des Systems gibt, allerdings nicht auf Grund des *Scheiterns* von Entwicklung, sondern umgekehrt, gerade aufgrund der *Entwicklungserfolge*.

Schwierigkeiten der Reformen

Das Modernisierungsdilemma

Intendiert war zunächst eine Modernisierung ohne Modernität, d.h. eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Modernisierung unter Beibehaltung der Herrschaft einer Partei mit Alleinvertretungsanspruch und rigider Kontrolle über soziale Selbstorganisation und politische Ideen. Die Dynamik wirtschaftlicher Veränderung brachte aber nicht nur mehr Wohlstand sowie politische und gesellschaftliche Freiheiten, sondern auch gravierende soziale und politische Konsequenzen. Traditionelle Formen sozialer Organisation und Kontrolle begannen sich aufzulösen, die Parteiideologie verlor ihre bewusstseinslenkende Rolle. Der Modernisierungsprozess stärkte Gesellschaft und Individuen gegenüber Partei und Staat. Eine solche „Dialektik der Moderne“ (Habermas) führte zur Herausbildung von Konfliktstrukturen, die zu-

³ Vgl. dazu Heberer 2003b.

⁴ Vgl. Heberer 2005.

nächst Destabilisierung bewirken. Dazu gehören die Auflösung traditioneller Sozialstrukturen, die Entstehung einer Schicht von Neureichen, die auch nach politischer Macht streben, die Zunahme räumlicher Mobilität und rascher Land-Stadt-Migration, ein stärkeres Wohlstandsgefälle, zu hohe Erwartungen durch das gestiegene Bildungsniveau und die Massenmedien, die Verschärfung regionaler und ethnischer Konflikte über Investitionen und Konsumgüter, die zunehmende Gruppenorganisation sowie eine Stärkung von Gruppenansprüchen gegenüber der Regierung, die Letztere nicht erfüllen kann.⁵

Das Stabilitätsdilemma

Die politische Führung räumt der Stabilität oberste Priorität ein. Dieser Stabilitätsbegriff orientiert sich sehr stark am Begriff der (politischen) Systemstabilität, wonach ein System in der Lage ist, im Fall von Störungen zu einem Gleichgewichtszustand zurückzukehren und u.a. Effizienz, Legitimität, zivile Ordnung und Beständigkeit sicherzustellen.⁶ Legitimität ist ein zentraler Faktor für Stabilität.

Der Sozialwissenschaftler Kang Xiaoguang hat vier zentrale Aspekte für Stabilität benannt:

- Stabilität des politischen Führungskerns,
- Stabilität zentraler Leitpolitik,
- Stabilität der Regierung und
- Stabilität des politischen Systems.⁷

Diese Stabilitätsdefinition entspricht auch weitgehend dem Wunsch der Bevölkerung. Nach den politischen Wechselbädern nach 1949 ist sie primär an Wohlstand und Sicherheit interessiert, nicht an politischen Experimenten oder radikalem politischen Wandel. Mit wachsender Arbeitsplatzunsicherheit wächst allerdings das Gefühl sozialer Instabilität, die in der Erosion sozialer Sicherung, Korruption, wachsender Kriminalität und der Auflösung traditioneller Gemeinschaften zum Ausdruck kommt. Auch das wachsende Einkommensgefälle schürt diese Unsicherheit.

Das Legitimationsdilemma

Vor allem die Korruption der Partei- und Verwaltungskader beeinträchtigt die Legitimation der Partei. Besonders problematisch entwickelt sich das Verhältnis zwischen Funktionären und Bevölkerung. Einer Umfrage zufolge

⁵ Vgl. Huntington 1996, S. 49f.

⁶ Vgl. dazu Deng u.a. 1998.

⁷ Vgl. Kang 2002, S. 1.

erklärten nur 7,9% der Befragten uneingeschränkt, Parteimitglieder seien Vorbilder. Mehr als zwei Drittel sahen keine Vorbildfunktion.⁸ In anderen Befragungen bezeichneten nur 5% die Beziehungen als sehr gut, 66% äußerten, sie hätten sich verschlechtert.⁹

Ursachen dafür sind Korruption, wirtschaftliche Armut, die extreme Verschuldung der Gemeinden, u.a. aufgrund der enormen Aufblähung der lokalen Verwaltungen, und eine wachsende Zahl von Steuern und Gebühren.

Das Herrschaftsdilemma

Der Anspruch allgemeiner gesellschaftlicher Kontrolle durch die Partei lässt sich nicht mehr einfach durchsetzen. Zu groß sind die Partikularinteressen geworden. Chinesische Berichte zeigen, dass die Menschen sich kollektiv zu wehren beginnen. Die Zahl der Protestakte aus der Bevölkerung heraus nimmt signifikant zu. Der moralische Verfall der Funktionäre, die als Personifikation der Partei- bzw. Staatsmacht angesehen werden, trifft zunehmend auf öffentlichen und kollektiven Widerstand. Dieser äußert sich nicht mehr nur durch die „Waffen der Armen“ (Schlendrian, Angabe falscher Produktionserträge, Zerstörung öffentlichen Eigentums, Abgabe minderwertiger Produkte etc.), sondern zunehmend in organisierten kollektiven Protestaktionen.

Auch das Internet wird mehr und mehr genutzt, um Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.¹⁰ Ein Beispiel dafür ist etwa der Fall eines Arbeiters, der nach einem krassen Fehlurteil im Sommer 2002 in der Provinz Shaanxi hingerichtet wurde. Die folgende öffentliche Debatte über die Todesstrafe und Rechtspraktiken in China, an der sich über Internetportale Tausende von Bürgern beteiligten, die ihrer Empörung und Wut deutlichen Ausdruck verliehen, wurde von der Parteiführung zwar rasch wieder gestoppt. Es zeigt sich aber, dass das Internet zunehmend für Informationen und Proteste genutzt wird und so landesweit spezifische Stimmungen und Strömungen transparent werden.¹¹

In Partei und Wissenschaft wird darüber diskutiert, wie diese Dilemmata aufzulösen sind. Einerseits reagiert die Parteiführung mit verstärkter Kontrolle der Funktionäre, andererseits mit periodischer Verstärkung der Zensur. Sie weiß aber zugleich, dass sich die Probleme durch Kontrolle allein nicht lösen lassen. Der Drang nach politischen Reformen wächst, wobei sich in der Diskussion drei funktionale Stränge erkennen lassen:

– Ausbau der Basisdemokratie (Wahlen auf kommunaler Ebene),

⁸ Zhonggong zhongyang zuzhibu ketizu 2001, S. 159.

⁹ Zhonggong Hunan shengwei zuzhibu ketizu 2001, S. 220f.

¹⁰ Vgl. Woessler 2000, S. 311.

¹¹ Ein deutschsprachiger Bericht darüber findet sich in der WELT, 09.09.2002.

- Ausbau des Rechtssystems im Sinne des *yi fa zhi guo*, d.h. „mit Hilfe des Rechts das Land verwalten“,
- mehr Transparenz und Partizipation durch eine freiere Presse, NGO-ähnliche Organisationen, Interessenverbände und Verrechtlichung.

Gleichwohl müssen die Schwierigkeiten für politische Reformen berücksichtigt werden:

- Sie sind ein besonders sensibler Bereich, weil sie eine Neudefinierung der Funktion von Partei und Staat beinhalten und zu einer grundsätzlichen Hinterfragung des politischen Systems führen könnten.
- Innerhalb der politischen Elite gibt es keinen Konsens hinsichtlich solcher Reformen, einseitige Beschlüsse würden zu Machtkämpfen führen.
- Politische Reformen hätten Konsequenzen auf allen Ebenen, etwa was Macht, Einkommen, Karrieren und Seilschaften anbelangt. Der Verlust an Unterstützung durch Teile der regionalen bzw. lokalen politischen Eliten könnte Folgen für die Steuerungsfähigkeit der Partei und ihre Legitimität unter den Mitgliedern haben, vor allem, wenn deren Interessen massiv beschnitten würden.

Die Diskussion über die „drei Vertretungen“ und die Modernisierung der Partei ist vor dem Hintergrund zu begreifen, dass die gewaltigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft auch von einer Veränderung der Partei und der Verbreiterung ihrer sozialen Basis begleitet sein müssen. Eine interessante Entwicklung ist dabei die wieder aufgelebte Diskussion über die Sozialdemokratie. Akademische Befürworter eines solchen Kurses argumentieren, auch sie sei ein Zweig des Sozialismus, der stets für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlfahrt eingetreten sei. Ein renommierter Experte der internationalen kommunistischen Bewegung schlug ein „sozialistisches Mehrparteiensystem“ vor. Für ein solches hätten schließlich auch Marx und Engels votiert, erst Stalin habe es abgeschafft. Auch Mao habe in den 1940er Jahren ein Mehrparteiensystem präferiert. Das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa belege, dass das Ein-Partei-System keine wirkliche Alternative sei.¹²

Solche Diskurse bedeuten natürlich nicht, dass China auf dem Weg zu einem demokratischen Mehrparteiensystem ist. Ein solches sowie Demokratisierung nach westlichem Muster wurden auf dem letzten Parteitag explizit zurückgewiesen.¹³ Doch auch der „sozialistische Unternehmer“, das „sozialistische Aktiensystem“ oder die „sozialistische Marktwirtschaft“ waren zunächst verworfen, später aber zu offizieller Politik erklärt worden. Ein „sozialistisches Mehrparteiensystem“ ist deshalb auf Dauer keineswegs auszuschließen.

¹² Vgl. Feng 2003.

¹³ Die Dokumente des XVI. Parteitags finden sich in Qiushi 22/2002.

Hypothesen zum *Party State*

China in der Adaptionphase

Sozialwissenschaftler unterscheiden drei Phasen der Entwicklung von Ein-Partei-Systemen: Transformation, Konsolidierung und Adaption.¹⁴ China befindet sich gegenwärtig in der Phase der Adaption, die durch fünf Charakteristika gekennzeichnet ist:

- 1) Eine zunehmende Ablösung der Rolle der traditionellen marxistisch-leninistischen Ideologie durch ökonomischen, sozialen und politischen Pragmatismus. Die Erosion dieser Ideologie ist kein Zeichen für den Verfall des Regimes, sondern für politische Stabilität. Die marxistisch-leninistische Ideologie war eng mit gesellschaftlichen Konflikten wie „Revolution“ oder „Klassenkampf“ verbunden. Konflikte jedoch beeinträchtigen die politische und gesellschaftliche Stabilität.
- 2) Das Entstehen neuer sozialer Akteure wie Privatunternehmer, Mittelschichten, Interessen- und strategischer Gruppen oder Internet-*chatgroups* erfordert, dass die KP ihre Rolle in der Gesellschaft neu definiert.
- 3) Eine neue politische Elite, d.h. eine neue, innovative technokratische Managerschicht, die primär an Wirtschaftsentwicklung interessiert ist, bildet sich heraus.
- 4) Eine kritische Intelligenz bekämpft den *party state* nicht, sondern sucht dessen Strukturen und *governance*-Kapazität zu stärken.
- 5) Lokale und translokale gesellschaftliche Gruppen wie traditionale Organisationen (z.B. Landsmannschaften oder Clans) oder „moderne“ Organisationen wie Unternehmer- oder Berufsgruppen-Verbände beanspruchen zunehmend Partizipation am und Einfluss auf das politische System.

Fragmentierter Autoritarismus

China ist deshalb kein homogenes autoritäres Gebilde, sondern steht vielmehr für ein System des fragmentierten Autoritarismus, der sich durch fünf Besonderheiten auszeichnet:

- 1) Unterschiedliche Akteure nehmen Einfluss auf den politischen *Input* und *Output*: der Zentralstaat, die Provinzen, der lokale Staat, das Militär, neue soziale Schichten und Organisationen, die öffentliche Meinung usw. Diese Einflussnahme bezieht sich sowohl auf die Innen-, als auch auf die Außenpolitik, sodass nicht die politische Führung allein entscheidet, sondern verschiedene Akteure involviert sind.

¹⁴ Vgl. z.B. Huntington 1970.

- 2) Der chinesische *party state* ist keine homogene Einheit, sondern ein sehr disparates Gebilde. Das Konzept eines „homogenen Staates“ muss dekonstruiert werden. Der Staat beruht auf der Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft. Zugleich besteht er aus verschiedenen Ebenen, Strukturen und Organisationen. Auch in China stellt sich „der Staat“ als Ensemble verschiedener Organisationen dar, die mit der Gesellschaft interagieren und die durch Spannungen und Konflikte geprägt sind.
- 3) Innerhalb Chinas finden wir viele verschiedene gesellschaftliche „Modelle“ („ein Land, tausend Systeme“). Im Dorf Nanjie in der Provinz Henan z.B. sind die Bewohner zu einem neo-kommunistischen Modell mit einem ausgeprägten Mao-Kult und einem singulären Eigentumssystem zurückgekehrt, das allein Kollektivwirtschaft duldet. Nur wenige Kilometer entfernt das genaue Gegenteil: ein Dorf mit ausschließlicher Privatwirtschaft, dessen Dorfleitung sich weitgehend aus Privatunternehmern zusammensetzt.¹⁵ Das Nebeneinander solcher Modelle, die von der politischen Führung in ihrer Vielfalt akzeptiert werden, verdeutlicht die Fragmentierung.
- 4) Verhandlungen und weniger Zwang sind heute entscheidende Instrumente politischer Willensbildung und Entscheidung. Auf diese Weise entsteht ein institutioneller Pluralismus.
- 5) Eine wachsende öffentliche Sphäre bildet sich heraus, nicht zuletzt über das Internet sowie NGOs oder GONGOs (*Government Organized NGOs*). Die öffentliche Meinung wirkt zunehmend auf die Gestaltung der Innen- und Außenpolitik ein.

Land mit Entwicklungswillen

China ist ein *developmental state*, ein „zielorientierter“ Staat mit Willen zur Entwicklung.¹⁶ Zahlreiche Entwicklungen belegen diese These, nicht zuletzt die erfolgreiche ökonomische Entwicklung seit den 1980er Jahren. *Developmental states* wissen aber auch, wann Politikwechsel eingeleitet werden müssen: So fand aufgrund erfolgreicher Entwicklung ein Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft statt oder wurde der Klassencharakter der herrschenden Partei aufgegeben (vgl. Hypothese 4).

China ist ein Beispiel dafür, wie politische Macht positiv und effektiv zu ökonomischer Entwicklung beizutragen vermag, z.B. durch kontinuierliches Wachstum und strukturellen Wandel, kluges politisches Management der Wirtschaft sowie *institution building* und institutionelle Erneuerung.

¹⁵ Vgl. Heberer/Jakobi 2002.

¹⁶ Vgl. Woo-Cumings 1999.

Darüber hinaus verfügt der chinesische *party state* über Staatskapazität mit ihren fünf Elementen: Legitimität im Sinne einer Akzeptanz der Rechtmäßigkeit des politischen Systems, Steuerungs- und Kontrollkapazität im Hinblick auf politische Steuerung und soziale Kontrolle, Durchsetzungsressourcen (Finanz-, Zwangs- und Personalressourcen), Verhandlungskapazität, d.h. die Fähigkeit, neue Akteure in Verhandlungsprozesse einzubeziehen und einen Ausgleich zwischen verschiedenen Partikularinteressen zu suchen, sowie Lernkapazität, die Fähigkeit, aus Fehlern und Fehlentscheidungen Rückschlüsse für die künftige Politik zu ziehen.

Staatskapazität ist wichtig für die Durchführung eines erfolgreichen Entwicklungsprogramms und für eine erfolgreiche Behandlung innerer Probleme und Konflikte.

Chinesischer Pragmatismus

Politischer Pragmatismus ist ein zentrales Kennzeichen der chinesischen politischen Kultur und Entwicklung. Dieser Pragmatismus weist vier Spezifika auf:

In der *ökonomischen* Sphäre zeigt er sich u.a. an der erfolgreichen Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft und an der Ökonomisierung von Politik ohne gleichzeitigen Wechsel des politischen Systems. Ökonomisierung von Politik bedeutet, dass ökonomische Ziele die politischen Entscheidungen und die Aktivitäten der Entscheidungsträger von der zentralen bis zur lokalen Ebene prägen. Ökonomische Performanz und Entwicklung sind heute entscheidend für das Wirken und den Karriereverlauf von Funktionären.

Politisch gesehen hat sich die Kommunistische Partei von einer Klassen- zu einer Volkspartei entwickelt. Dies verdeutlicht nicht nur die soziale Zusammensetzung, wobei der Anteil der Arbeiter und Bauern seit den 1980er Jahren signifikant ab-, der der *Professionals* und Beamten hingegen deutlich zunimmt; unterstrichen wird dies auch durch die Formel der „drei Vertretungen“ des früheren Parteichefs Jiang Zemin, die mittlerweile auch in der Verfassung verankert wurde. Sie besagt u.a., dass die KP nicht mehr Klassen, sondern „das gesamte chinesische Volk repräsentiert“.

Ideologisch gesehen wurde der Marxismus-Leninismus zuerst „sinisiert“, d.h. an die praktischen Problemkonstellationen und die politische Kultur Chinas angepasst. In den 1990er Jahren wurde das Ideologiegebäude dann durch die „Deng Xiaoping-Theorie“ ergänzt, einen Satz praktischer Handlungsanweisungen. Ende 2004 trat das neue Ziel der Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ an die Stelle der Errichtung einer „kommunistischen Gesellschaft“ (vgl. Hypothese 5).

Die Legitimität des Systems basiert nicht mehr auf einer Ideologie, sondern wird funktional begründet: mit dem Versprechen, Entwicklung, Modernisierung und nationale Stärke zu realisieren, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sicherzustellen und eine „sozialistische Demokratie“ und „Rechtsherrschaft“ zu schaffen.

Legitimität des Systems

Die zentrale Führung und somit das politische System besitzen in der Bevölkerung Legitimität und Vertrauen. Dabei unterscheiden die Menschen zwischen der Legitimität der Zentralbehörden und der lokaler Behörden. In Erstere setzen sie Vertrauen, in Letztere eher nicht. Untersuchungen zufolge unterstützt die große Mehrheit der Bevölkerung das gegenwärtige politische System.¹⁷ Dies gründet sich auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die staatliche Kapazität zur Erreichung nationaler Ziele (wie die Wiedereingliederung Hongkongs und Macaos oder ein erfolgreiches Raumfahrtprogramm) sowie auf die Bewahrung politischer Stabilität, d.h. auf eine stabile Ordnung, sowie auf die Überzeugung, dass der *party state* China vor einem Schicksal wie dem der Sowjetunion bewahrt hat.

Nationalismus nach innen

Der chinesische Nationalismus (oder Patriotismus) ist gegenwärtig weniger eine aggressive, nach außen orientierte Ideologie, sondern dient primär innenpolitischen Zwecken. Er erfüllt zwei Funktionen: Zum ersten handelt es sich um einen integrativen Nationalismus, der auf die weitere Staats- und Nationsbildung abzielt. Zweitens sucht er als Modernisierungsnationalismus die Bevölkerung im Interesse des gemeinsamen Ziels der Modernisierung mitzunehmen.

Dies wirft auch ein anderes Licht auf die Taiwanfrage: Da Peking die „Wiedervereinigung“ als innere Angelegenheit ansieht, ist diese Frage (und damit die militärische Option) keineswegs ein Indikator für wachsendes aggressives außenpolitisches Verhalten. Vielmehr ist dies von Pekinger Warte aus ein Teil des noch nicht abgeschlossenen *nation-building* und damit ein Element eines integrativen Nationalismus.

Entwicklungstrends

Das politische System kann nur überleben, wenn es sich als fähig erweist, die dringenden gesellschaftlichen und politischen Probleme zu lösen. In

¹⁷ Vgl. dazu u.a. Tang 2005, S. 76ff., 102.

einer komplexen und sich differenzierenden Gesellschaft reicht es nicht aus, Entscheidungen vertikal und hierarchisch durchzusetzen. Wachsende Klagen, dass die unteren Verwaltungsebenen zentral beschlossene Politik nicht mehr durchführen, verdeutlichen diese Problematik. Es bedarf daher zunehmend der Zulassung einer „Öffentlichkeit“, die nicht nur für Transparenz und mehr gesellschaftliche Kontrolle sorgt, sondern auf lokaler Ebene auch mitgestalten kann. Partizipation ist dabei nicht mehr nur ein Mittel zur Qualitätsverbesserung der *policies* und ihrer Umsetzung, sondern auch zur Konfliktreduzierung.

Zunehmend sind also „Bürger“ gefragt. Drei Kriterien lassen sich dem Bürgerbegriff zuordnen: die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten, ein wachsender Lebensstandard und bürgerliche Freiheitsrechte. Letztere existieren bislang nur eingeschränkt. Aber in den letzten Jahren wurden die Partizipationsmöglichkeiten und -rechte auf der *grassroots*-Ebene ausgeweitet, u.a. durch die Einführung von Wahlen auf der lokalen Ebene und durch Förderung sozialer Partizipation. Zudem ist der Lebensstandard großer Teile der Stadtbevölkerung im Reformprozess signifikant gestiegen. Protoformen eines Bürgerlebens entwickeln sich – eine wichtige Voraussetzung für eine „Bürgergesellschaft“. Zumindest im urbanen Raum werden Maos „Massen“ (und Klassen) allmählich zu Bürgern.

Von Seiten des Staates wurde die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Herausbildung von *citizenship* eingeleitet. Dies betrifft auch die Ausweitung partizipativer Momente. Letztlich bedeuten Partizipationslernen, partizipatorisches Kapital und *grassroots*-Wahlen zwar noch nicht Demokratisierung, sie können aber zu einer Bürgerschaft beitragen, die zumindest partiell zunehmend die Möglichkeit zu politischer Partizipation erhält und diese auch nutzt.

Gegenwärtig zeigen sich die Menschen an Partizipation noch wenig interessiert, und die Zahl der „Freiwilligen“, die sich sozial engagieren, ist eher gering. Daher bemüht sich der *party state* z.B. im urbanen Raum um die Schaffung neuer „Gemeinschaften“ und um die Mobilisierung ökonomisch oder organisatorisch Abhängiger (wie Sozialhilfeempfänger oder Parteimitglieder). Auf diese Weise soll staatlich initiiert eine Zivilgesellschaft entstehen; ein Konzept, das ich als „autoritären Kommunitarismus“ bezeichne.

Anders als unter Mao werden die Menschen nicht mehr gezwungen, an politischen oder gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. In die Organisation des eigenen Lebens mischt sich der Staat nicht mehr ein, die individuelle Selbstbestimmung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen wächst.

Das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“, das die chinesische Führung Ende letzten Jahres ins Leben gerufen hat, steht in engem Zusammen-

hang mit dem Modell des „autoritären Kommunitarismus“. Im Rahmen dieses Konzeptes sollen die Mittelschicht verbreitert, die Zahl der Angehörigen unterer Einkommensgruppen verringert und Korruption bekämpft werden.¹⁸ Dabei soll das Ideal dieser Gesellschaft offensichtlich an die Stelle des abstrakten Ziels des „Kommunismus“ treten. Jedenfalls beschreibt *Renmin Ribao* die „harmonische Gesellschaft“ als das – nicht mehr allzu ferne – zu erreichende „gesellschaftliche Ideal“, in dem es allen gut gehe und gesellschaftliche Widersprüche zwar weiter existierten, aber friedlich gelöst werden könnten und das man (wohl im Gegensatz zum Idealbild des „Kommunismus“) „fühlen“ könne.¹⁹ Dieses Konzept stellt auch eine Rückkehr zum konfuzianischen Ideal der „Großen Harmonie“ (*datong*) dar. Es beschreibt eine Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheiten in sozialer und politischer Harmonie im Gegensatz zu einer neoliberalen Marktgemeinschaft, die durch Profitmaximierung, Reichtum und Konsum gekennzeichnet ist.

Durch Ausweitung der Transparenz auf lokaler Ebene und die Reformierung des Verwaltungssystems geht der *party state* zunehmend von *governing* zu *governance* über. Gleichwohl ist keine Demokratisierung Chinas intendiert, sondern die Effektivierung und Verrechtlichung der Ein-Partei-Herrschaft, deren Berechenbarkeit zugleich erhöht werden soll.

Zusammenfassung

China ist keineswegs einfach eine politisch wandlungsresistente Diktatur. Vielmehr entwickelt sich seine Gesellschaft zunehmend zu einer offeneren Gesellschaft mit einem wachsenden Grad an Partizipation, rechtlicher Sicherheit und individueller Autonomie (jedenfalls solange ein Individuum oder eine Gruppe nicht gegen das herrschende System aktiv wird). Gleichwohl sind die Verwerfungen innerhalb Chinas gewaltig. Eine Prognose, wohin sich China in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird, ist daher schwierig. Dies dürfte primär von der inneren Entwicklung abhängen.

Solange sich die Wirtschaft weiter erfolgreich entwickelt, der Lebensstandard wächst, der Grad der Partizipation zunimmt und gesellschaftliche und politische Stabilität gewährleistet werden können, kann sich China zu einem zuverlässigen und berechenbaren Partner auch in der internationalen Politik entwickeln. Sollte dies scheitern, dann wären die Folgen für China, für seine Bewohner und nicht zuletzt für die gesamte Welt dramatisch.

¹⁸ Vgl. Wang/Zhu 2004; vgl. auch *Renmin Ribao*, 09.03.2005.

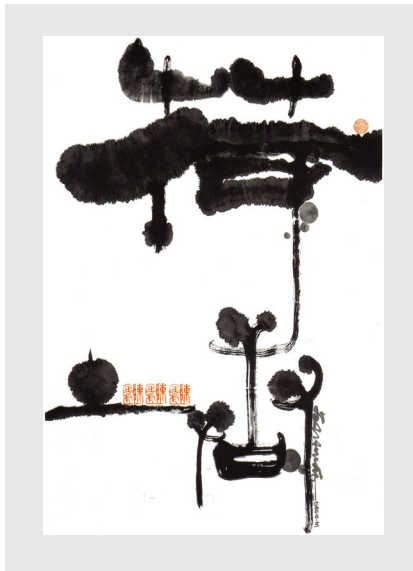
¹⁹ Vgl. Chen 2005; Ma/Pei 2005. Der Begriff der „harmonischen Gesellschaft“ weist Anklänge an den Begriff der „well-ordered society“ von Rawls (1993, S. 35ff.) auf.

Literaturverzeichnis

- Chen, Jiaying (2005): Jixin gongcou hexie qu (Mit ganzem Herzen und im Gleichklang eine harmonische Melodie spielen), in: Renmin Ribao, 08.03.
- Deng, Weizhi/Xu, Juezai/Shen, Yonglin (1998): Biange shehui zhong de zhengzhi wending (Politische Stabilität von Gesellschaften im Wandel), Shanghai.
- Feng, Chongyi (2003): The Return of Liberalism and Social Democracy – Breaking Through the Barriers of State Socialism, Nationalism, and Cynicism in Contemporary China, in: Issues & Studies (3), S. 1-31.
- Heberer, Thomas (2001): Unternehmer als Strategische Gruppen – Zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam, Hamburg.
- Heberer, Thomas (2003): Strategic Groups and State Capacity –The Case of the Private Entrepreneurs, in: China Perspectives (46), S. 4-14.
- Heberer, Thomas (2006): Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens – VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Wiesbaden, S. 19-122 (Nachdruck).
- Heberer, Thomas (2005): Korruption in China, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Dimensionen politischer Korruption – Beiträge zum Stand der internationalen Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift (Sonderheft 35), Wiesbaden, S. 328-349.
- Heberer, Thomas/Jakobi, Sabine (2002): Henan as a Model – From Hegemonism to Fragmentism, in: Fitzgerald, John (Hrsg.): Rethinking China's Provinces, London/New York, S. 89-124.
- Huntington, Samuel P. (1970): One-Party Systems – Theories and Approaches, in: Huntington, Samuel P./Moore, Clement H. (Hrsg.): Authoritarian Politics in Modern Society – The Dynamics of Established One-Party Systems, New York/London, S. 3-47.
- Huntington, Samuel P. (1976): Political Order in Changing Societies, New Haven/London.
- Kang, Xiaoguang (2002): Weilai 3-5 nian Zhongguo dalu zhengzhi wendingxing fenxi (Analyse der politischen Stabilität auf dem chinesischen Festland), in: Zhanlue Yu Guanli (Strategie und Management) (3), S. 1-15.
- Ma, Li/Pei, Zhiyong (2005): Bu xie zhuiqiu de fendou mubiao (In der Erreichung des Ziels nicht nachlassen), in: Renmin Ribao, 03.03.2005.
- Rawls, John (1993): Political Liberalism, New York.
- Schüller, Margot (2004): Chinas Landwirtschaft, Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt, in: China aktuell (Mai), S. 515-527.
- Tang, Wenfang (2005): Public Opinion and Political Change in China, Stanford.
- Wang, Weiping/Zhu, Lin (2004): China Aims at Harmonious Society, http://news.xinhuanet.com/english/2004-12/17/content_2348778.htm (abgerufen am 17. 12.2004).
- Woesler, Martin (2000): Das Internet und die Menschenrechte in China, in: Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hrsg.): Globalisierung und Demokratie, Frankfurt a. M., S. 310-329.
- Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.) (1999): The Developmental State, Ithaca/London.
- Zhonggong Hunan shengwei zuzhibu ketizu (Arbeitsgruppe der Organisationsab-

teilung des Parteikomitees Hunan) (2001): Xin xingshi xia dang qun gan qun guanxi de diaocha he sikao (Überlegungen zu den Beziehungen zwischen Partei und Massen sowie Kader und Massen), in: Zhonggong zhongyang zuzhibu ketizu, S. 121-139.

Zhonggong zhongyang zuzhibu ketizu (Arbeitsgruppe der Organisationsabteilung des Zentralkomitees) (2001): Zhengque renshi he chuli xin xingshi xia renmin neibu maodun (Die neuen Formen von Widersprüchen innerhalb des Volkes korrekt erkennen und behandeln), in: dies. (Hrsg.): 2000–2001 Zhongguo diaocha baogao. Xin xingshi xia renmin neibu maodun yanjiu (Untersuchungsbericht über China 2000–2001. Untersuchungen zu neuen Formen von Widersprüchen innerhalb des Volkes), Beijing, S. 62-120.



Lotus Pond, Tusche auf Reispapier

... weiterlesen in WeltTrends:

- **Demokratie in China?** In Heft Nr. 20 mit Beiträgen von Wolfram Wallraf, David S. G. Goodman, Sabine Jakobi, Pan Wei, Robert Heuser und Jörn Gottwald

bestellung@welttrends.de